

INTERNATIONAL

6

**FRANKREICH: KÄMPFE
GEGEN RENTENREFORM**

BRD

8

**LANDESWEITER STREIK IM
ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR**

HAMBURG

14

**„SO EIN STREIK MUSS
AUCH WEHTUN!“**

FRAUEN

10

**MFP: „POSTMODERNISMUS“
UND FEMINISMUS**

BREMEN

16

**AUSBEUTUNG BEI
BURGERME**

BERLIN

12

**STREIK BEI DER
STADTREINIGUNG**

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

**MODERNE LOHNSKLAVEREI
IN GELSENKIRCHEN**

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

**AFD-PARTEITAG IN
OFFENBURG**

KULTUR

22

**BIOGRAFIE ÜBER İBRAHİM
KAYPAKKAYA**

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**TAG DES KAMPFES FÜR GERECHTIGKEIT,
LAND UND FREIHEIT IN MEXIKO**

**HEFTIGE KÄMPFE GEGEN DIE
RENTENREFORM IN FRANKREICH**

**DEUTSCHLAND LAHMGELEGT?
LANDESWEITER STREIK IM
ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR!**

**„POSTMODERNISMUS“ UND FEMINISMUS:
INDIVIDUALISMUS UND RELATIVISMUS
IM DIENSTE DES IMPERIALISMUS (MFP)**

STREIK BEI DER STADTREINIGUNG

„SO EIN STREIK MUSS AUCH WEHTUN!“

AUSBEUTUNG BEI BURGERME

**MODERNE LOHNSKLAVEREI IN
GELSENKIRCHEN: RUMÄNISCHE FAMILIEN
VON LIBRECO AUSGEBEUTET**

**AFD-PARTEITAG IN OFFENBURG:
ENTSCHLOSSENER PROTEST, ENORME
REPRESSION UND LÜGEN IN DER PRESSE**

BIOGRAFIE ÜBER İBRAHİM KAYPAKKAYA

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe steht ganz im Zeichen des Kampfes eines Teils der Arbeiterklasse in der BRD, aber auch darüber hinaus. Gleich mehrere unserer Korrespondenten aus unterschiedlichen Orten haben uns Artikel über die Auswirkungen der letzten Streikaktionen zukommen lassen. Natürlich vor allem über die Streiks, die am 27. März stattgefunden haben, in einem Ausmaß, wie sie seit Jahrzehnten nicht gesehen wurden. Auch in unserem „National“-Teil widmen wir uns diesen Streiks und vor allem, welche Hetze gegen sie betrieben wurde. Dass sich gleich mehrere unserer Korrespondenten unabhängig voneinander entschieden haben, darüber zu schreiben, ist ein Ausdruck davon, welche Kraft und Einfluss den Aktionen der Arbeiterklasse innewohnen, welche Strahlkraft sie haben können. Und wenn das jetzt schon so ist, unter einer Gewerkschaftsführung, die alles tut, um jede kämpferischere Maßnahme zu unterdrücken und zu verhindern, dass sich die gesamte Arbeiterklasse in diesem Land vereint, wie wäre es dann wohl, wenn eine kämpferische Gewerkschaft die volle Kraft des Streiks – als wichtigste Form des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse, und nicht als ein beschnittener „Warnstreik“, – entfesseln würde? Das ganze Land würde erbeben. Darum bleibt die Forderung nach einer kämpferischen Gewerkschaft auf der Tagesordnung. Als ein notwendiges Werkzeug der Arbeiterklasse, das bestehende System zu stürzen.

Wie es aussehen kann, wenn die Gewerkschaften nur einen kleinen Deut kämpferischer sind als die existierenden in der BRD, sehen wir aktuell in Frankreich. Auch hier gibt es aktuell keine Gewerkschaft, die den Titel „revolutionär“ verdienen würde. Trotzdem sind die Kämpfe gegen die Rentenreform der Regierung Macrons massiv. Für etwas Inspiration, was es bedeuten würde, auch in der BRD ein Recht auf politische Streiks zu haben, werfen wir im „International“-Teil einen Blick auf die Situation in Frankreich.

Im „Frauen“-Teil veröffentlichen wir Auszüge eines Textes der Volksfrauenbewegung (MFP) aus Brasilien, dessen Übersetzung leider nicht ganz in unsere Ausgabe passt. Trotzdem sind die abgedruckten Teile gute Beiträge im Kampf gegen heute modische Strömungen innerhalb der Frauenbewegung. Wir sind zuversichtlich, dass die ganze Übersetzung noch an anderer Stelle publiziert werden wird.

Dieses Jahr im Mai, um genau zu sein am 18., jährt sich zum 50. Mal der Todestag des türkischen Kommunisten und Revolutionärs Ibrahim Kaypakkaya. Er gab sein junges Leben im Dienste der Arbeiterklasse und des Volkes, darum widmen wir diesen „Kultur“-Teil diesem 50. Jahrestag. Dort findet ihr einen Auszug aus dem Buch „Tödlicher Mai“, das das Leben und die Ermordung dieses wichtigen Kommunisten schildert.

Je nachdem, ob ihr diese Ausgabe vor, während oder nach dem diesjährigen 1. Mai lest, wünschen wir einen großartigen Kampftag der internationalen Arbeiterklasse – auch nachträglich!

Eure RoPo-Redaktion



Am 20. März hat die Front der Oaxaca-Organisationen (FORO) den Tag des Kampfes für Gerechtigkeit, Land und Freiheit ausgerufen, der auch international mit Solidaritätsaktionen unterstützt wurde. Es gab eine breite Mobilisierung, sodass der Zugang zur Stadt Oaxaca innerhalb kürzester Zeit blockiert wurde. Nach einer Demonstration endete der Tag mit einer politisch-kulturellen Veranstaltung. Im Süden Mexikos führt das Volk einen intensiven Kampf gegen den „Interozeanischen Korridor“ (CIIT), ein gigantisches Infrastrukturprojekt, das für die Bevölkerung Tod, Vertreibung und Enteignung bedeutet, vor allem für arme Bauern und Indigene. In den letzten Wochen hatte sich die Situation immer mehr zugespitzt, so wurde beispielsweise die mexikanische Marine in der Region stationiert, und die Gemeinde Rincón Tagolaba von Söldnern angegriffen.

Quelle: Sol Rojista

GOBIERNO
AL PUEBLO
EN!

ORGANIZACIONES
COMO
DEFUELOS
EN OAXACA
POR LAS
HUMANAS

Comité Indígena Zapoteco
FIZ
Comité de Desarrollo
Los
las ind

HEFTIGE KÄMPFE GEGEN DIE RENTENREFORM IN FRANKREICH

Seit Monaten gibt es in Frankreich Proteste. Seit Anfang März erschüttern heftige Kämpfe das Land. Mehrere Generalstreiks, Millionen von Demonstranten auf den Straßen, Zusammenstöße mit der Polizei. Grund dafür ist der Plan der französischen Regierung unter Präsident Emmanuel Macron, das Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre anzuheben. Dabei ist die Idee mit der Rentenreform nicht neu. 2017 angekündigt, versuchte Macron bereits 2019, sie durchzusetzen, dann wurde sie auf 2020 verschoben und traf schon damals auf großen Widerstand. Macron, der nach seiner zweiten Amtszeit als Präsident sowieso nicht mehr wiedergewählt werden kann, will sie nun um jeden Preis durchsetzen.

Die Rentenreform reiht sich ein in eine lange Reihe volksfeindlicher Gesetze, die die jetzige und auch die Vorgängerregierungen beschlossen haben. Die Verschärfung einer ganzen Reihe von Sicherheitsgesetzen, Gesetze gegen Arbeitslose und Arme wie die Arbeitslosenreform und das Wohnraumgesetz. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie die Rechte des Volkes angreifen und die sozialen Sicherungen, die es in Frankreich gibt, weiter aushöhlen. Die Arbeiter und das Volk sind wütend! Sie hassen dieses Gesetz, das zeigen auch Umfragen, nach denen eine Mehrheit der Franzosen die Reform ablehnen. Laut BFMTV1 erklären 60 Prozent der Franzosen, dass die Regierung nur durch eine Blockade des Landes zum Rückzug bewegt werden kann. Das zeigt den Rückhalt zum Beispiel für den Generalstreik vom 7. März, der auch durch Kleinhändler unterstützt wurde, die ihre Geschäfte schlossen, und sich in eine ganze Reihe von Streiks und riesigen Demonstrationen einreih, mit über 1 Millionen Demonstranten alleine in Paris. Seit Wochen werden Barrikaden errichtet, Autobahnen, Industrieanlagen, Raffinerien und Gleise immer wieder blockiert. Kämpfe auf den Straßen, bei denen die Polizei Tränengas und Gummigeschosse gegen die Demonstranten einsetzt, gehören seit Wochen zum Alltag. In Bordeaux steckten Demonstranten sogar das örtliche Rathaus in Brand. Schon längst ist der Kampf gegen die Rentenreform nicht mehr der einzige Grund für die Proteste. Es geht um weitaus mehr. Die Inflation, die Teuerung, die Krise, die massive Polizeigewalt, aber vor allem der mangelnde Respekt der Regierung vor seiner Bevölkerung. Eine Regierung, die sich taub stellt gegen den Willen der Mehrheit der

Bevölkerung, die die Reform ablehnt. Die bürgerliche Demokratie, die alte Lüge, das Interesse des Volkes zu repräsentieren, und mit ihm das Vertrauen in das Parlament, schimmeln dahin.

PARLAMENTARISMUS IN DER KRISE?!

DER FRANZÖSISCHE IMPERIALISMUS

BRAUCHT DIESE REFORM.

Inzwischen ist die Reform verabschiedet. Aber da die Regierung im Senat keine Mehrheit hat, entschied sich die französische Regierung, die unbeliebte Gesetzesänderung per Dekret durchzusetzen. Ein Vorgehen, das die Wut der Massen nur weiter verschärft. Es kam sogar zum Eklat im Parlament, die Opposition hielt Schilder hoch, die sich gegen die Rentenreform richteten, und übertönte Elisabeth Borne, die französische Premierministerin, mit dem Singen der Marseillaise. Auch die Gewerkschaften zeigten sich unbeeindruckt und wollen die Aktionen fortsetzen, um die Regierung zu zwingen, das Gesetz wieder zu kassieren. Die Anwendung des Artikel 49.3 handelte Macron's Regierung prompt zwei Misstrauensvoten ein, die sie mit nur **neun** Stimmen überstand. Die Anwendung des Artikel 49.3 zeigt deutlich die Krise des Parlamentarismus und verstärkt die Tendenz zum präsidentiellen Absolutismus, die es in Frankreich ebenso gibt wie in den USA. Wer erinnert sich nicht, als unter Trump zahlreiche Gesetze per Erlass unter Umgehung des Parlaments verabschiedet wurden. Das Vertrauen des Volkes in den alten Staat schwindet immer mehr, und so ist die Durchsetzung dieses Gesetzes nicht anderes als ein Schlag ins Gesicht für das Volk, für die Millionen von Menschen, die seit Wochen auf den Straßen sind! Macron begründet den Schritt in einem Fernsehinterview dann auch entsprechend: „Denken Sie, mir macht diese Reform Spaß? Nein, glauben Sie, ich hätte das Selbe tun können wie viele andere vor mir und den Staub unter den Teppich kehren können, ja, vielleicht. In Wirklichkeit bedaure ich heute nur eines, dass wir nicht in der Lage waren, über die Zwänge und die Notwendigkeit dieser Reform zu informieren.“

Zwänge und Notwendigkeiten der französischen Bourgeoisie, nicht der Arbeiter und des Volkes.

„Haltet die Klappe und lasst mich in Ruhe machen“, das ist seine Botschaft an die rebellierenden Massen. Seit 30 Jahren versuchen die französischen Regierungen, diese Art von Reformen zu beschleunigen, und zwar unabhängig davon, welcher Couleur die jeweiligen regierenden bürgerlichen Parteien sind. Und warum muss die französische Regierung diese Reformen beschleunigen? Das ist ihre Antwort auf die allgemeine Krise des Imperialismus. Reformbedarf bei den Renten besteht für Macron vor allem im Vergleich zu Deutschland oder den Niederlanden, wo man erst Jahre später in den Ruhestand geht. Der französische Imperialismus kann es sich nicht leisten, abzustiegen, insbesondere im Verhältnis zu Deutschland, das schon jetzt innerhalb der EU den Ton angibt. Er muss den Staat reformieren. Das zeigt sich gerade heute, wo die Regierung die Änderungen einfach durchsetzt, obwohl Millionen von Menschen auf den Straßen marschieren! Die alten Formen des Kampfes, die die Gewerkschaften in Frankreich wählen, sind überholt. Was bleibt, ist nur die Revolution, und ein hart geführter Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse, und das fürchten die Herrschenden. Das ist der Grund, warum die französische Bourgeoisie so erschreckt ist vor der „Gewalttätigkeit“ der Gelbwesten 2019. Eine Sache, die nicht nur für Frankreich gilt. Eine Tendenz, die sich mit der sich verschärfenden Krise des Imperialismus nur verstärken wird.

BRD-PRESSE: TOTSCHWEIGEN, KLEINREDEN, DISKREDITIEREN?!

Schaut man sich die bürgerliche Presse in Deutschland in den vergangenen Monaten an, so lässt sich ein deutliches Muster erkennen. Geht irgendwo ein Massenprotest los, schweigt sich die bürgerliche Presse in diesem Land erst mal darüber aus. Erst wenn die Nachricht so groß wird, dass man die Sache nicht mehr ignorieren kann, dann geht die „Berichterstattung“ los. Und damit gleich die Hetze! Warum stellen sich die Franzosen so an? Eine Erhöhung von 62 auf 64 Jahre sei ja so geringfügig, in Deutschland müsse man ja seit Jahren bis 67 arbeiten. Und in anderen europäischen Ländern genau so. Dabei geht es bei der Erhöhung um das Eintrittsalter. In der



Demonstration am 7. März, dem Tag des Generalstreiks

Realität arbeiten heute schon viele Franzosen länger als 62! Viele, vor allem mit niedrigen Einkommen, bis 67 oder noch länger. Dazu kommt, dass Menschen, die in schlecht bezahlten Berufen arbeiten, statistisch gesehen deutlich früher sterben. Die bürgerlichen Medien offenbaren wieder einmal ihre ganze Widerwärtigkeit! Wenn die „Deutschen“ länger arbeiten müssen als die „Franzosen“, dann liegt das nicht daran, dass die „Franzosen“ sich so anstellen, sondern daran, dass in der BRD einfach nicht richtig gegen die permanenten Angriffe der herrschenden Klasse gekämpft wird. **Das** ist der eigentliche „Skandal“ hier! Und das liegt sicher nicht an der „Basis“, beispielsweise in den Gewerkschaften, sondern an der Führung dieser Gewerkschaften, die es sich gemütlich macht und faule Deals mit den Chefetagen aushandelt. Die ganz im Sinne der „Volksgemeinschaft“ zur „konzertierten Aktion“ mit Scholz und Co. fährt. Das französische Volk zeigt, trotz der Begrenzungen, wieder einmal, wie man einen Abwehrkampf zu führen hat. Denn in der Krise greifen die Herrschenden unsere Rechte an. Der Kampf, der jetzt geführt wird, ist nur der Kampf, die bereits erkämpften Rechte zu erhalten. Kein Kampf, um etwas zu gewinnen. Was wir brauchen, ist Organisation, wirklich revolutionäre Organisation, nur dann können wir den Kampf gegen dieses mörderische System führen. Ein System, das uns gefangen hält im ewigen Teufelskreis sich verschärfender Krisen. •

DEUTSCHLAND LAHMGELEGT?

LANDESWEITER STREIK IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR!

Wenn der geneigte Leser diese Zeilen liest, dann hat Deutschland nicht aufgehört, zu existieren. Trotz der zahlreichen Warnungen in der bürgerlichen Presse von *BILD* bis *Faz* ist die Welt am 27. März nicht untergegangen. Vor dem „Megastreiktag“ wurde gewarnt, an dem Ver.di und EVG gemeinsam den Warnstreik im Verkehrssektor für einen Tag auf das gesamte Land ausgeweitet haben. Von den Streiks betroffen war Fern- und Nahverkehr auf der Schiene, die DB stellte den Fernverkehr sogar vollständig ein. Alle Flughäfen, außer in Berlin, wurden bestreikt. Der Airport Stuttgart stellte seinen regulären Betrieb am Montag ein. Schleusen auf wichtigen Wasserstraßen und etwa der Hamburger Hafen wurden bestreikt. Bestimmte Bereiche wurden komplett blockiert, der Hamburger Hafen war für große Schiffe teils nicht mehr erreichbar. Doch bevor der Streik überhaupt angefangen hatte, da ging die Hetze schon los. Unverhältnismäßig sei der Streik, ja sogar die Akzeptanz für das Streikrecht werde gefährdet. Zumindest laut Steffen Kampeter, dem Hauptgeschäftsführer der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“. Unverhältnismäßig ist hier allerdings nur eins, nämlich wie die deutsche Bourgeoisie ihren kontinuierlichen Angriff auf unsere Lebensbedingungen und Rechte fortsetzt.

Was waren denn überhaupt die großen radikalen Forderungen von Ver.di und EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), die den feinen Herren den Angstschweiß auf die Stirn treiben? 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr Lohn fordert Ver.di. Die EVG fordert für die 180.000 Beschäftigten der Verkehrsbetriebe sogar 12,5 Prozent, mindestens aber 650 Euro mehr, in den Tarifverhandlungen mit den Bahnunternehmen bzw. dem Bund und den Ländern. Diese Forderungen sind, auch wenn sie hoch klingen, ein Witz! Bei der Teuerungsrate ist die Durchsetzung dieser Forderung gerade mal ein Inflationsausgleich, also ein Kampf gegen eine de facto Lohnsenkung. Kein Kampf für ein Mehr an Lohn! Und das soll unverhältnismäßig sein? Allein die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sind seit Februar 2022 um 20,7 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die Energiepreise sogar

um 32,2 Prozent gestiegen. Dagegen sind 12 Prozent mehr Lohn lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Martin Huber, Generalsekretär der CSU, ist sich nicht mal zu blöd dafür, vor „französischen Verhältnissen“ zu warnen. *„Wichtig ist halt schon auch immer zu sehen, ist denn so ein Großstreik auch wirklich verhältnismäßig, der mit so vielen Einschränkungen auch verbunden ist für viele Menschen in ihrem Alltag.“* Ein Streik ist nun mal ein Streik; dass er mit Einschränkungen verbunden ist, ist doch gerade der Sinn der Sache! Im Kern läuft das ganze Geheule der Bonzen darauf hinaus, zu sagen: Das Streikrecht sei schon okay, solange man es nicht nutzt. Dabei wäre es ein Segen für die Arbeiter und das Volk in diesem Land, wenn wir ein bisschen mehr „französische“ Verhältnisse bekommen würden. Die Realität sieht nämlich so aus, dass hier seit Jahren ein systematischer Klassenkampf von oben geführt wird. Und zwar egal in welchen Bereich wir schauen, vom Wohnungsmarkt über den Niedriglohnsektor, dem kaputt gesparten Gesundheitssystem bis zu maroden Schulen, um nur einige Beispiele zu nennen. Jetzt in der Krise greifen sie unsere bereits erkämpften Rechte an, und wenn wir uns nicht entschieden wehren, werden sie uns noch mehr nehmen. Deshalb sind die Streiks, die die Gewerkschaften führen, trotz all ihrer Begrenzungen eine gute Sache. Das sieht auch die Bevölkerung so, denn entgegen der Meinung Kampeters und Konsorten sind laut einer INSA-Umfrage mit 1000 Befragten über 50 Prozent für den Streik.

TARIFVERHANDLUNGEN GESCHEITERT?

Der Deutschen Bahn sind die Forderungen zu hoch; sie bieten bis August 2024 lediglich eine stufenweise Steigerung von 5 Prozent und eine Prämie von 2.500 Euro. Auch das Angebot von Bund und Ländern ist deutlich zu gering: **8 Prozent mehr Lohn, einen Mindestbetrag von 300 Euro – dazu eine steuerfreie Einmalzahlung von 3.000 Euro.** In der Nacht auf den 30. März erklärten Ver.di und Co. die Verhandlungen dann für gescheitert. Die Arbeitskäufer riefen eine Schlichtungsgruppe an, die jetzt bis Mitte April Zeit hat, einen Vorschlag zu machen. Während der Schlichtung herrscht Friedenspflicht.

Das bedeutet, in der Zeit kann nicht weiter gestreikt werden. Nun haben die Chefs bei Ver.di und Co. eine lange Tradition darin, die Interessen der Arbeiter zu verraten. Kämpfe werden nicht konsequent geführt, Forderungen von vorne rein abgemildert und für die Chefetagen „erträglich“ gemacht. Am Ende steht dann immer ein schlechter Kompromiss. Und dann ist erst mal wieder Ruhe. Dabei ist nicht die Basis das Problem, sondern die Führung der Gewerkschaften. Dieses immer gleiche Ritual ereignete sich zuletzt beim Poststreik, der am 10. März durch Verhandlungen beendet wurde, bevor es zu einem unbefristeten Streik kam. Dabei hatten die 160.000 Post-Arbeiter mit einer großen Mehrheit von 85,9 Prozent gegen das Angebot der Deutschen Post und für einen unbefristeten Streik gestimmt. Und das trotz der Drohungen der Post, das Briefgeschäft auszulagern und massiv Stellen abzubauen. Die Kampfbereitschaft war also da! Aber was macht Ver.di daraus? In einer geheimen Verhandlung handeln sie einen faulen Kompromiss aus: Im Jahr 2023 soll es zu keiner Lohnerhöhung für die Beschäftigten kommen. Stattdessen gibt es zwei Formen der Einmalzahlung, bei der einmal im April 1.020 Euro ausbezahlt werden, und von Mai 2023 bis März 2024 180 Euro Netto monatlich als Inflationsausgleichs-sonderzahlung überwiesen. Die Sonderzahlung im April und die gestaffelte Zahlung in 10 Monaten sind keine tabellenwirksame Erhöhungen der Löhne. Das heißt, dass es sich hier nicht um eine festgeschriebene, kontinuierliche Lohnerhöhung handelt, sondern um steuerfreie Boni, die nach Ablauf wieder fehlen. Angetreten war Ver.di mit einer Forderung von 15 Prozent mehr Lohn für eine Tarifaufzeit von zwölf Monaten für das Jahr 2023. Gemessen an diesen sowieso zu geringen Forderungen ist das Ergebnis ein schlechter Witz! Die Post-Arbeiter werden tiefer in die Armut gestoßen, während die Post AG weiter Rekordgewinne einfährt. Und dies ist nur ein Beispiel von Hunderten. Wie viele Jahre sollen sich die Arbeiter diesen kontinuierlichen Ausverkauf ihrer Interessen denn noch gefallen lassen? Jede Tarifrunde läuft nach dem selben Schema ab! Das ist auch kein Wunder, bekommen die Gewerkschaftsbosse doch Gehälter, von denen wir nur träumen können. Diese Leute kennen unsere Lebensrealitäten nicht, diese Leute können uns also gar nicht repräsentieren. Sie fühlen sich wohl in ihrer Rolle als „Vermittler“ der Klasseninteressen. Aber zwischen unseren Interessen und denen der Kapitalisten gibt es nichts zu vermitteln: Die einen wollen mehr Profit, und wir

wollen mindestens einen Lohn, von dem wir leben können, eher aber uns aus dieser miserablen Lage überhaupt befreien. Das ist ein knallharter Gegensatz! Da gibt es nichts zu vermitteln.

FÜR EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT!

Dazu ist das Streikrecht in der BRD völlig kastriert: Es ist zwar erlaubt, zu streiken, jedoch nur, wenn der Streik von einer anerkannten Gewerkschaft ausgerufen wurde. Alle anderen Streiks werden als wilde Streiks bezeichnet und sind verboten; den Teilnehmern eines wilden Streiks kann fristlos gekündigt werden. Ein politischer Streik, der in vielen anderen europäischen Ländern legal ist, ist in der BRD verboten. Außerdem kann in Deutschland per Gesetz bei einem Streik nur über den Inhalt eines Tarifvertrags mit der Bourgeoisie verhandelt werden. Für politische Ziele zu streiken, ist verboten. Ein Generalstreik wie in Frankreich am 7. März, um die geplante Rentenreform zu verhindern, wäre in der BRD also gar nicht möglich! Es kann also ähnlich wie bei den Wahlen nur über die Konditionen, unter denen ausgebeutet wird, entschieden werden, nicht jedoch gegen die Ausbeutung im Allgemeinen.

Streiks dieser Art gefallen den Ausbeutern natürlich überhaupt nicht, stört es den Alltag der Profitmacherei doch erheblich. Waren können nicht wie geplant geliefert werden. Arbeiter können nicht zur Arbeit kommen, da sie auf die Bahn angewiesen sind. Sie versuchen uns zu spalten, Stimmung gegen den Streik zu machen und die Leute gegeneinander auszuspielen. Dabei ist es gut, dass die Streiks in diesem Land zunehmen. Es ist gut, dass diese Kämpfe härter geführt werden. Illusionen machen sollten wir uns trotzdem nicht. Die Arbeiter in diesem Land müssen mit dem völlig eingeschränkten Streikrecht brechen. Wilde Streiks sollten zum Alltag werden, und das Recht auf einen politischen Streik, der in anderen Ländern legal ist, erkämpft werden. Das alles geht nur mit Organisation. Das geht nur mit einer kämpferischen Gewerkschaft, die mehr im Sinn hat, als die nächste Tarifrunde so schnell wie möglich hinter sich zu bringen. Dann werden wir ihnen zeigen, was es wirklich heißt, das Land „lahm zu legen“. •

Wir veröffentlichen an dieser Stelle eine Übersetzung eines Textes der Volksfrauenbewegung (Movimento Feminino Popular; MFP) aus Brasilien. Da der Text in seiner vollen Länge den hier zur Verfügung stehenden Platz sprengt, haben wir den Artikel stark gekürzt und die Auslassungen gekennzeichnet. Wir werden aber aktiv eine Möglichkeit suchen die Übersetzung an anderer Stelle vollständig zu veröffentlichen.

„POSTMODERNISMUS“ UND FEMINISMUS: INDIVIDUALISMUS UND RELATIVISMUS IM DIENSTE DES IMPERIALISMUS

Der Postmodernismus entstand als bürgerliche philosophische Strömung in der Zeit nach dem Ende des zweiten imperialistischen Weltkriegs, mit dem Pessimismus, der einen Teil der Intelligenz angesichts des durch die imperialistischen Kriege verursachten Unheils ergriff, und vor allem nach dem 20. Kongress der KPdSU, als Chruschtschow seinen Hass auf den Marschall und großen Genossen Stalin entfesselte und Lügen aller Art verbreitete, mit dem Ziel, den Sozialismus auszulöschen und den Kapitalismus im sowjetischen Mutterland wiederherzustellen. Der französische Philosoph Jean-François Lyotard, der in den 1950er Jahren in den militärischen Reihen einer „sozialistischen“ Anti-Stalin-Gruppe in Algerien stand, war der erste, der Ende der 1970er-Jahre den Begriff „Postmodernismus“ prägte, der in den 1980er und 1990er Jahren vor allem an den Universitäten immer mehr an Bedeutung gewann. [...]

[...] Indem sie das „Scheitern“ der sogenannten „Metanarrative“ propagierten, um den Marxismus in seinem Kern anzugreifen, behaupteten die Verfechter des Postmodernismus die theoretische und praktische Unmöglichkeit, die sozialen Grundlagen und Strukturen einer bestimmten Gesellschaft zu kennen, weshalb es nicht möglich sei, sie als Ganzes zu verändern. Der daraus entstehende Lokalreformismus gleicht also dem des Revisionismus, obwohl dieser versucht, sich als „marxistisch“ auszugeben, während die Postmodernisten den Marxismus und die Wissenschaft im allgemeinen offen leugnen und die „Erfahrungen“ und „individuellen Erfahrungen“ in den Vordergrund stellen. [...]

Für die Postmodernisten sind alle Arten der Interpretation der Natur oder der Realität gleichgültig, da es keine objektive Wahrheit über die Phänomene gibt, sondern nur verschiedene Standpunkte oder verschiedene „Diskurse“ über sie. Indem der Postmodernismus die Möglichkeit menschlichen Wissens über die Natur und die Gesellschaft ablehnt und das Ende der universellen Wahrheit verkündet, verteidigt er die Existenz von nur partikulären und subjektiven „Diskursen“ als lokale und immer „kontingente“ (instabile, vorläufige) Standpunkte

und geht damit bis zum Extrem des idealistischen und subjektivistischen bürgerlichen Relativismus. [...]

POSTMODERNISTISCHER INDIVIDUALISMUS UND IMPERIALISMUS

[...] Für die „Postmodernisten“ gilt jedoch jede Situation, die die Unterordnung persönlicher, individueller Interessen unter einen gemeinsamen Nutzen verlangt, als inakzeptable „Tyrannei“ und „Totalitarismus“, während die Unterordnung von Millionen von Massen unter die kleinlichen Wünsche und Diktate einer kleinen Handvoll von Individuen in der Welt von ihnen als „Freiheit“ eingestuft wird. In der Tat ist dies die einzige Freiheit, für die die imperialistische Bourgeoisie (und ihre postmodernistischen Apologeten aus der Akademie) eintritt: die Freiheit des Individuums (der Großbourgeoisie und der anderen herrschenden Klassen natürlich), die riesige Mehrheit der Menschen auszubeuten [...]

[...] Doch sehen wir: Es ist das imperialistische System selbst, das die größte ideologische Unterdrückung auf die Menschen ausübt, denn indem es seine angebliche „individuelle Freiheit“ propagiert, versucht es nur, die Massen zu isolieren, um sein verrottetes System der extremen Verletzung der grundlegendsten Rechte der Menschen zu erhalten. Wie sogar einige postmoderne Ideologen zaghaft zugeben, ist diese Freiheit je nach den sozialen Bedingungen begrenzt, aber sie geben das Unvermeidliche nicht zu: Nun, ihr Herren, wenn die individuelle „Freiheit“ in unserer Gesellschaft nicht alle in gleicher Weise erreicht [...], dann hat dies zur Folge, dass sich die Massen mit noch größerer Klassenwut gegen euch wenden werden, da der Anreiz zum Konsum und zu anderen Werten sozialer Vergeblichkeit auch zu einer Quelle der Infragestellung eben dieser Ordnung wird, die Sie vergeblich zu rechtfertigen und zu verteidigen versuchen. [...]

POSTMODERNER FEMINISMUS UND ALTER BÜRGERLICHER REFORMISMUS

[...] In der Frauenbewegung gingen die Auswirkungen in die gleiche Richtung mit dem Aufkommen eines

„neuen“ postmodernen Wohlfahrtsreformismus, der sich vor allem auf dem Gebiet der Verteidigung der sogenannten „Identitätspolitik“ positionierte, auf der Suche nach der „Anerkennung der Differenz“ und der „Dekonstruktion“ der „männlichen Sprache“, die vor allem junge Menschen aus dem Kleinbürgertum und dem universitären Umfeld in unserem Land beeinflusst. Der postmoderne Feminismus fördert somit die Illusion eines sozialen Wandels durch die „Umdeutung“ von Zeichen (Begriffen, Wörtern), die angeblich zum individuellen „Empowerment“ von Frauen führen soll. Ein deutliches Beispiel für diese Haltung war der sogenannte „Slutwalk“, bei dem eine mittelmäßige Beleidigung für Frauen einem Marsch den Namen gab, bei dem Frauen begannen, sich selbst als Schlampe zu bezeichnen, in dem Versuch, die soziale Bedeutung des Wortes „Schlampe“ zu verändern, in einer vermeintlichen Haltung des Widerstands gegen den Machismus – und die „revolutionärste“ Aktion, die für postmoderne Feministinnen möglich war!

Einige postmoderne Feministinnen versuchen, die Position der „Umdeutung durch Sprache“, die sich auf die „Anerkennung“ von Begriffen mit neuen Bedeutungen konzentriert, mit der sogenannten „Sozialpolitik der Gleichheit“ zu verbinden. Und was bedeutet das? Bloße Brosamen, die sie als „Umverteilungslösungen“ innerhalb desselben Ausbeutungssystems bezeichnen, d.h. Kompensationspolitiken, die der Imperialismus selbst (durch NGOs und öffentliche Brosamenpolitiken) fördert, um die soziale Spannungen zu verringern, die seine schwindende Vorherrschaft bedrohen – und die nichts, aber auch gar nichts von den Problemen lösen, die die Frauen des Volkes tagtäglich betreffen! [...]

Auf diese Weise reproduziert der postmoderne Feminismus letztlich die alte Leier, dass der Kampf der Frauen gegen die Männer gerichtet ist. Er behauptet, nicht nach den Ursachen und Ursprüngen der Unterdrückung der Frau zu suchen, um zu verbergen, dass er in Wirklichkeit analysiert, dass deren Ursache im Überbau liegt (Sitten, kulturelle Muster, Familientraditionen, affektive und sexuelle Beziehungen usw.), insbesondere in der „männlichen Vorherrschaft“ und der „männlichen“ Definition dieser Muster, wobei sie den gesamten Klassencharakter der Unterdrückung der Frau in der Klassengesellschaft ausblenden. Sie versäumen es jedoch, die Frage zu beantworten, warum solche Praktiken historisch so und nicht anders gebildet wurden. Auch wenn sie behaupten, keine „Essentialisten“ zu sein, können postmoderne Feministinnen nicht leugnen, dass sie am Ende auf die Logik der „Männlichkeit“ als Ursache der Unterdrückung der Frau zurückgreifen, die nichts anderes ist als ein neuer Aufguss der alten reaktionären Theorien

über die „überlegene männliche Natur“ und die „minderwertige weibliche Natur“ [...]

Um ihre Positionen noch diffuser und verworrener zu machen (und jede scheinbare theoretische „Verwirrung“ hat immer eine politische Absicht), behaupten postmoderne Feministinnen auch, dass die „Vielfalt der Unterdrückungen nicht klassifiziert werden kann“. Das heißt, die „Unterdrückungen“ sind so vereinzelt, so individualisiert, dass sie nicht einmal einen gemeinsamen Namen haben können, da dies bedeuten würde, sie auf den „Autoritarismus“ eines „Konzepts“ zu reduzieren, da für die Postmodernisten „die Sprache die Realität formt und einschränkt“. Man müsste also von Feminismen im Plural sprechen, denn es gibt lesbischen Feminismus, schwarzen Feminismus, Transgender-Feminismus, eine Unzahl von Besonderheiten, die nach dieser Position keine „gemeinsame Basis“ haben, aus der sie hervorgehen und sich organisieren könnten.

[...] Indem sie Worte und Begriffe wie „Frauen“ und „Unterdrückung“ „zur Diskussion stellen“ wollen, sodass sie in ihrer Bedeutung „dekonstruiert“ werden, gehen sie keinen Schritt zur Überwindung der geschlechtlichen Unterdrückung der Frauen, die die halbe Klasse tagtäglich auf brutale und ganz objektive Weise heimsucht – was von den arbeitenden Frauen leicht erkannt werden kann, auf dem Land und in der Stadt, mit ihren doppelten und dreifachen Fahrten zu anstrengender Arbeit, mit unerhörten Warteschlangen in den Gesundheitssystemen für die medizinische Versorgung ihrer Angehörigen, mit dem Hunger ihrer Kinder, der Kälte, der Gewalt und den Demütigungen aller Art auf allen Kontinenten.

DIE KRISE DES IMPERIALISMUS UND DAS SCHEITERN DES POSTMODERNISMUS

[...] Andererseits kehrt das Gespenst des Kommunismus zurück, um die Welt im Anwachsen und in der Radikalisierung der Kämpfe der Massen für ihre Rechte, die von den bürgerlichen und bürokratischen Institutionen des alten Staates völlig missachtet wurden, heimzusuchen, in den Kämpfen für die nationale Befreiung und in den Volkskriegen unter der Führung des Proletariats (jener Klasse, die für die Postmodernisten als solche nie existiert hat!) durch seine marxistisch-leninistisch-maoistischen Kommunistischen Parteien. **Und die Frauen des Volkes sind an der vordersten Front all dieser Kämpfe mobilisiert und stehen Schulter an Schulter mit ihren Klassengenossen gegen die bürgerliche, grundbesitzende und imperialistische Herrschaft und für die Verteidigung der proletarischen Weltrevolution! •**

STREIK BEI DER STADTREINIGUNG



Die Streikenden beim Protest vor der BSR-Zentrale

Überfüllte Mülltonnen, der Inhalt aufgeplatzter Abfallsäcke verteilt auf dem Boden und so viel Sperrmüll, dass man sich nach einem Nachmittagsspaziergang ein Zuhause einrichten könnte. Das, was in vielen Arbeitervierteln Normalität ist, weil sich die Hausverwaltungen nicht um Möglichkeiten für eine ordentliche Entsorgung kümmern, war in den letzten Wochen auch an anderen Stellen der Stadt zu sehen. In den bürgerlichen Medien wurden die Arme hoch geworfen und Panik-Überschriften verfasst, wie beispielsweise in der Berliner Zeitung: „*Folgen des BSR-Streiks: Abfallexperte sieht Ratten und Bakterien nach Berlin kommen*“. Die Analyse des „Abfallexperten“: Wenn der Müll nicht abgeholt wird, bleibt er liegen. Und Biomüll fängt an zu stinken, wenn man ihn liegen lässt. Die Bonzen fürchten sich also vor „Pariser Zuständen“, denn in der französischen Hauptstadt streikte die Müllabfuhr als Teil des allgemeinen Streiks drei Wochen lang, aufgrund der geplanten Anhebung des Renteneintrittsalters, und nahm damit an den Kämpfen in der Stadt teil, sodass mehr als 7000 Tonnen Müll mit Baggern von der Straße abtransportiert werden müssen. Wenn jedoch die Tarifverhandlungen laufen wie bisher, dann sollten die Herrschenden sich um andere Aspekte der „Pariser Zustände“ sorgen.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di und der Beamtenbund handeln derzeit bundesweit neue Tarife für rund 2,5 Millionen Beschäftigte von Bund und

Kommunen aus. Der Verhandlungspartner ist hierbei die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Mit 6.000 Beschäftigten ist die Berliner Stadtreinigung, kurz BSR, das größte kommunale Abfallwirtschaftsunternehmen Deutschlands. Verdi fordert 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro mehr für alle Beschäftigten und 200 Euro mehr für Azubis. Die „Arbeitgeber“-seite hatte die Forderungen als „nicht leistbar“ abgelehnt. Sowohl das erste, als auch das zweite Angebot der VKA lehnte Ver.di ab. Die VKA hatte drei Prozent mehr Gehalt zum 1. Oktober 2023, zwei Prozent zum 1. Juni 2024 und zwei einmalige Zahlungen in Höhe von 1.500 Euro im Mai 2023 und 1.000 Euro im Januar 2024 geboten. Für die Arbeiter der BSR sollte es zusätzlich zu der Lohnsteigerung eine Zusatzprämie für das Einsammeln des während des Streiks liegen gebliebenen Mülls geben. Dazu ein BSR-Sprecher:

„Wenn sich nach einem mehrtägigen Streik der Abfall einiger Tage angesammelt hat und die Entsorgung dann von uns nachgeholt wird, funktioniert dies logistisch nicht, ohne dass über etliche Tage entsprechende Mehrarbeitsstunden anfallen. Als Arbeitgeber sind wir zur Vergütung dieser Mehrarbeitsstunden auch verpflichtet. Die Beschäftigten müssen diese nicht etwa deshalb unbezahlt leisten, weil sie zuvor gestreikt haben und aus diesem Grund der Abfall liegen geblieben ist. Die Abgeltung für die Mehrarbeit wird von uns

pauschaliert, und zwar in Höhe von 150 Euro brutto in Anlehnung an jeden Streiktag.“

Die BSR will also das machen, wozu sie sowieso verpflichtet ist, nur dass sie sich durch die Pauschale aus der Verantwortung zieht, auch die Überstunden zu bezahlen, die nicht von dieser gedeckt sind. Zudem hätte das Angebot der VKA die höheren Entgeltgruppen deutlich bevorzugt. Die rund 2.600 Arbeiter mit Reinigungs- und Müllabfuhrjobs bei der BSR zählen zu den unteren Entgeltgruppen. Als festangestellter Arbeiter in Vollzeit verdient man knapp 3000 Euro brutto, als Bedarfskraft in Teilzeit rund 1.600 brutto und als Müllwerker 3133 Euro brutto im Monat. Doch diese Zahlen machen auch deutlich, dass Ver.di in den Verhandlungen wieder einmal nur das Mindeste fordert, für diejenigen, die am Meisten unter der Teuerungswelle leiden.

Die Antwort auf die gescheiterte zweite Verhandlungsrunde war ein Warnstreik, der am 06. und 07. März stattfand. Am 06. März streikten etwa 300 Arbeiter der BSR vor dem Gebäude der Hauptverwaltung in der Ringbahnstraße. Es wurden Nebeltöpfe, aus denen orangefarbener Rauch kam, gezündet, die Stimmung war kämpferisch. *„Unsere Arbeitgeber, die Politiker, erhöhen sich laufend die Diäten, aber wir müssen für jeden Inflationsausgleich kämpfen“*, sagte einer der Arbeiter. Die Streikdemo der Berliner Wasserbetriebe, die zu dem Protest dazu stieß, wurde mit Jubel und Applaus empfangen. Ein Azubi der Wasserbetriebe erzählte, *„Essen gehen ist einfach nicht mehr drin. Hauptsächlich ernähre ich mich inzwischen von Nudeln“*. Bei diesem Warnstreik blieben fast 100 Prozent der Müllwagen stehen. Bestreikt wurde die Müllabfuhr, der Sperrmüll-Abholservice, die Recyclinghöfe und die Straßenreinigung. Die einzige Notfallregelung wurde bei eventuell erforderlichen Winterdienstmaßnahmen getroffen. Auch die weiteren Streiks am 10. März, sowie am 26. und 27. März zeigten, dass die Arbeiter eine enorme Wut haben, und entschlossen sind, für mehr zu kämpfen. Jedoch zeigt die Gewerkschaftsführung kein Interesse daran. Es geht bei den Forderungen wie immer nur darum, die Leute bis zu den nächsten Verhandlungen über Wasser zu halten. Doch die Stimmung auf den Streiks lässt nur vermuten, wie lange Ver.di damit und mit ihren systemtreuen Methoden durchkommt.

Zu letzteren gab es vor kurzem einen Bericht, den wir wiedergeben wollen: Ein ehemaliger Berliner

Abgeordneter und jetziger Chef der sogenannten „Verdi-Konkurrenz“, der Good-Governance-Gewerkschaft, Marcel Luthe, machte auf ein Problem in der Streikfrage bei der BSR aufmerksam. Denn diese macht anscheinend während der Streiks keine Verluste, sondern fährt sogar noch Gewinne ein. Auch während des Streiks darf die BSR laut Abfallwirtschaftssatzung die Gebühren in voller Höhe einnehmen, und spart zudem noch Spritzgeld und Gehalt. Ein BSR-Sprecher verwies hier auf den Paragraph 14, der bereits genannten BSR-Abfallwirtschaftssatzung, in welcher steht:

„(1) Bei Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder dem Ausfall von Sammlung, Abfuhr oder Behälterstellung infolge einer Störung im Betrieb, durch höhere Gewalt, Streik oder behördliche Verfügung, besteht kein Anspruch auf Schadensersatz oder Gebührenermäßigung [...].“

Und des weiteren:

„(2) Unterbliebene Leistungen werden so schnell wie möglich nachgeholt. Können Abfallbehälter aus Gründen, die die BSR oder von ihm beauftragten Dritten nicht zu vertreten haben, nicht oder nicht vollständig geleert werden, so wird die Abfuhr erst am nächsten planmäßigen Termin nachgeholt.“

Da der Ausdruck „nächsten planmäßigen Termin“ nicht weiter erläutert ist, kann das eben auch bedeuten, dass der Müll erst nach vier Tagen, wie beispielsweise zwischen dem 05. bis 09. März, abgeholt wird und die BSR keine finanziellen Nachteile dadurch hat. Diese Satzung wurde am 16. Dezember 2020 unter dem rot-rot-grünen Senat beschlossen, taktisch geschickt aber erst am 30. Dezember im Amtsblatt bekannt gemacht, um sie unter dem Radar durchzuwinken.

Die Folge daraus ist, dass auf die BSR durch die kurze Niederlegung der Arbeit, wie einem Warnstreik, kein Druck ausgeübt werden kann, da kein wirtschaftlicher Schaden beim Unternehmen entsteht. Und wie die Klage des Vorzeige-Demokraten vor dem Berliner Verwaltungsgericht zeigt, ist das selbst aus bürgerlicher Sicht ein Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Streikrecht. Welches ohnehin schon so beschnitten ist, dass sich auf dem legalen Wege keine wirklichen Besserungen für die Arbeiter erkämpfen lassen. •

SO EIN STREIK MUSS AUCH WEHTUN!



Das laufende Jahr ist schon jetzt geprägt von Kämpfen, die die Arbeiter hierzulande für einen höheren Lohn führen. Seit mittlerweile über einem Jahr schießen die Preise für so gut wie alles in die Höhe, getrieben von der Inflation und den allgemeinen Teuerungen. Diese rasante Zunahme von Arbeitskämpfen in Form von Streiks ist deutlicher Ausdruck für die immer schlechter werdende Lage der Arbeiterklasse und gleichzeitig Beweis dafür, dass die Arbeiter an ihre gemeinsame Stärke glauben und bereit sind, zu kämpfen. Auf der anderen Seite steht die Bourgeoisie – die Arbeitskäufer, Konzerne und Chefs – die mit Schaum vor dem Mund versuchen, jeglichen Kampf der Arbeiter für einen besseren Lohn in den Dreck zu ziehen. Sie gehen mittlerweile sogar soweit, das Streikrecht im Allgemeinen infrage zu stellen und fordern Einschränkungen bis hin zum Verbot.

Vorläufiger Höhepunkt des Kampfesjahres 2023 war der vereinte eintägige Streiktag der beiden Gewerkschaften Ver.di und EVG am 27. März, der auch Hamburg in weiten Teilen lahmlegte. Zwei Gewerkschaften, die Bereiche in der deutschen Wirtschaft

betreffen, die äußerst sensibel für die Bourgeoisie sind. Ein großer Teil des Güterverkehrs wird über die Schiene abgewickelt, und Millionen Pendler sind täglich auf Bus und Bahn angewiesen, um zur Arbeit zu kommen. Hamburg spielt als Hafenstadt und als einer der wichtigsten logistischen Standorte für die deutsche Wirtschaft dabei natürlich eine besondere Rolle. Konkret sah der Streiktag in unserer Stadt wie folgt aus: Regional- und Fernverkehr standen nahezu still. S-Bahnen fuhren nur im Notbetrieb. Der Flughafen war wie leer gefegt, und nicht ein einziger Flieger hob aus Hamburg ab. Auch im Hafen herrschte Flaute. Wo sonst abertausende Container täglich in alle Welt verschifft werden, konnte am 27. März kein Anker gelichtet werden. Die Gewerkschaften gaben bekannt, dass der Streik vom 27. März in Hamburg die größte Beteiligung seit Jahrzehnten hatte.

Wir waren an besagtem 27. März auch auf der Straße und bei den Streikkundgebungen vor Ort, um mit den Kollegen über ihre Forderungen, Ziele und Perspektiven zu sprechen. Bis zu unserem Redakti-

onsschluss sind die die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen, sodass wir den Ausgang dieser nicht kommentieren können. Deshalb soll es in diesem Artikel vor allem darum gehen, den streikenden Kollegen eine Stimme zu geben.

„Wir sind glaub ich heute alle hier, weil es so einfach nicht weiter gehen kann. Wir haben lang genug einfach zugeschaut und die Dinge ihren Lauf nehmen lassen, sind aber an einem Punkt angekommen, wo das nicht mehr funktioniert. Ich arbeite jetzt seit über 20 Jahren als Zugführer, war bis vor kurzem nicht mal in der Gewerkschaft und hab mich in der Vergangenheit auch nie an den Streiks beteiligt. Aber die Lage, wie sie heute ist, geht echt ins Geld. Es kann einfach nicht sein, dass alles teurer wird und sich an unserem Gehalt einfach gar nichts ändert.“

Was der Kollege der EVG hier sagt, ist natürlich die gängige Meinung unter den Kollegen. Die Forderung nach mehr Lohn in diesen Zeiten der Krise ist der zentrale Punkt in den Streikkundgebungen. Das führt dazu, dass viele Kollegen aufgerüttelt werden und sich am Arbeitskampf beteiligen. Das bestätigt auch ein anderer Kollege bei der Streikkundgebung am alten Elbtunnel in Hamburg am 27. März, und geht etwas weiter:

„Wir haben es so was von satt, was gerade passiert. Für alles Mögliche ist Geld da, aber wenn wir mehr Lohn fordern, ist jeder Cent zu viel. Die Arbeitgeber stellen sich jetzt hin und sagen, das wäre überzogen, was wir machen, und das finde ich so lächerlich. Diese Ausreden, davon dass nun mal Krise ist und das Wichtigste ist, jetzt zusammenzuhalten, sind so lächerlich. Was hat das mit Zusammenhalt zu tun, wenn alles immer teurer wird und unser Geld immer weniger wert ist? Ich glaube, die können das überhaupt nicht verstehen, wofür wir auf der Straße sind hier, das geht in deren Köpfe gar nicht rein.“

Dass die „Arbeitgeberseite“ versucht, den Arbeitskampf mit allen Mitteln zu diskreditieren, ist alles andere als eine Überraschung, ist doch jeder Cent mehr Lohn für uns ein Cent weniger Profit für sie. Wie der Kollege sagt, können sie das nicht verstehen, weil unsere Interessen als Arbeiterklasse ihren Interessen unvereinbar entgegengesetzt sind. In diesem System kann es keine einvernehmliche Lösung geben, weshalb jeder Kompromiss, den die Gewerkschaftsführung am Verhandlungstisch mit den Arbeitskäufern aushandelt, ein fauler Kompromiss ist und die Arbeiter

in ihren Forderungen verrät. Zuletzt haben wir das bei den Tarifverhandlungen bei der Deutschen Post gesehen.

Dabei sind die Forderungen, die von den Gewerkschaften ausgegeben werden, eigentlich gar nicht weitreichend genug. Beim Streik am 27. März wird eine Lohnerhöhung von zwölf Prozent gefordert, um die Inflation ausgleichen. Natürlich eine Forderung, die im Vergleich mit den mickrigen Forderungen der letzten Jahre enorm wirkt – dennoch reicht sie nicht, um die derzeitige Krisensituation abzufedern. Denn nicht nur die Inflation treibt die Preise in die Höhe. Auch so steigen die Preise für jegliche Art von Waren, die man zum Überleben braucht. Allein die Lebensmittelpreise sind im Verlauf des letzten Jahres um mehr als 20 Prozent gestiegen. Die zwölf Prozent gehen also bei weitem nicht weit genug!

Die Versuche der Bourgeoisie, die gerechtfertigten Streiks zu diskreditieren, spielt auf der Streikkundgebung eine große Rolle. Doch wer meint, dass das Ganze zu weit geht, sollte sich die Worte des Kollegen, den wir als nächstes zitieren, zu Herzen nehmen:

„Dass wir als Ver.di und EVG heute gemeinsam streiken, ist ja schön und gut, aber wenn ihr mich fragt, ist das noch lange nicht genug. Guckt doch, die U-Bahnen fahren, die Busse auch. Sogar ein paar S-Bahnen fahren noch. Das ist doch noch kein richtiger Streik. Guckt doch mal zu unsern Nachbarn nach Frankreich, was da los ist. Da versinken die Städte seit Tagen im Müll und da ist das ganze Land auf der Straße. Ist auch nicht schön, aber das hier ist ja auch nicht zum Spaß oder weil wir kein Bock haben, zu arbeiten. So ein Streik muss auch wehtun, genau darum geht es doch.“

Und genau das ist der Punkt, ein Streik muss wehtun! Der Streik ist unser Mittel als Arbeiterklasse, für einen besseren Lohn zu kämpfen. Dafür reicht es aber nicht aus, auf die Gewerkschaften zu vertrauen, die unsere Forderungen immer und immer wieder am Verhandlungstisch verraten. Wir müssen uns unsere Stärke bewusst machen und diesen Kampf entschlossen führen, denn wenn wir wollen, stehen alle Räder still! Dieses Bewusstsein wächst immer mehr bei den Arbeitern in der BRD, und genau das ist ein wunderbare Sache, die großartige Perspektiven für eine goldene Zukunft schafft. •

AUSBEUTUNG BEI BURGERME



So glücklich sieht da keiner aus

Burgerme ist eine Franchise-Unternehmen mit mehr als 150 Standorten in Deutschland und den Niederlanden, das 2010 von Stephan Gschöderer und Johannes Bankwitz in München gegründet wurde. Burgerme wirbt damit, in 25 Minuten zu liefern, und hat sich nicht zuletzt dadurch deutschlandweit zum marktführenden Franchise-Unternehmen mit Spezialisierung auf Burger entwickelt. Um sich auch weiterhin an der Spitze zu halten und während in Deutschland eine Filiale nach der anderen aus dem Boden schießt, verändert sich eins nicht – und das sind die schlechten Bedingungen der Angestellten, die dort in der Küche oder als Lieferfahrer arbeiten.

Denn um Fixkosten zu sparen, macht es burgerme genau wie viele andere Restaurants auch: Wenn es bei Schichtbeginn nicht genug Bestellungen gibt, muss

man warten – unbezahlt natürlich. Immer wieder kommt es vor, dass Kollegen, nachdem sie pünktlich zur Schicht gekommen sind, noch nicht anfangen dürfen, zu arbeiten, weil es gerade nicht genug zu tun gibt. Nicht selten heißt es dann: „Nee, warte nochmal ein bisschen.“ Mit Glück sind es dann vielleicht nur so zehn Minuten, oft jedoch mehr. Diese Zeit wird dann wie gesagt nicht bezahlt, obwohl man sich in Bereitschaft halten muss, jeden Moment anzufangen, zu arbeiten. Mit dieser Taktik spart burgerme sich dann die Lohnkosten, hat aber gleichzeitig jemanden da, der jeden Moment einsatzbereit ist. Zwar hat burgerme das Recht, die Schichten anzupassen (was schon scheiße genug ist), jedoch hätte man dann in der Zeit bis Schichtbeginn selbstverständlich Freizeit und müsste sich nicht in unmittelbarer Nähe des Ladens aufhalten, oder aber man hält sich bis zum tatsächlichen Schichtbeginn in Bereitschaft, muss dann

aber auch für die Zeit entsprechend bezahlt werden. Burgerme setzt jedoch scheinbar auf die Unwissenheit bezüglich ihrer Rechte der überwiegend jugendlichen Angestellten und verwirrt diese Frage mit einem Absatz im Vertrag, der besagt, dass der jeweilige Schichtleiter dazu berechtigt ist, die Schichten kurzfristig anzupassen.

Als Beschäftigter ist man nur dazu verpflichtet, dem vorher festgelegtem Zeitraum seine Arbeitskraft anzubieten. Gibt es keine Aufgaben, die erledigt werden müssen, muss der Ausbeuter einen in diesem Zeitraum trotzdem bezahlen. Ist natürlich blöd für den Ausbeuter, aber das ist halt das Risiko, welches immer besteht und was vom Ausbeuter und nicht von den Mitarbeitern zu tragen ist. Gerade in der Gastronomie ist das häufig ein Problem, weil das voraussichtliche Arbeitsaufkommen oft nicht abzusehen ist. Das kriegen dann bei burgerme, genau so wie in vielen anderen Gastro-Betrieben, die Mitarbeiter zu spüren. Entweder gibt es zu wenig zu tun und die Mitarbeiter müssen ständig unbezahlt warten, oder aber es gibt zu viel zu tun und es wird heftig rumgestresst, dass unbedingt noch Leute kommen müssen, oder aber die, die eh schon eingeteilt sind, kurzfristig eher kommen sollen. Das ist oft natürlich nicht machbar, da die meisten entweder noch zur Schule gehen oder einen anderen Vollzeitjob haben, trotzdem wird man so ständig deswegen unter Druck gesetzt. Man muss also quasi immer erreichbar sein, um zumindest, wenn man nicht kurzfristig einspringen kann, absagen zu können.

Generell zeichnet sich dadurch eher das Bild ab, als sei der sogenannte Dienstplan eine ungefähre Richtlinie, wann man mit einer Schicht rechnen könnte, und burgerme wohl der Meinung, die Mitarbeiter wären Eigentum, welches man einsetzen und rumschubsen kann, wie man will. Auch nicht viel besser steht es bei burgerme in der Frage der Sicherheit am Arbeitsplatz, und da ist vor allem der Fuhrpark zu bemängeln. Zwar werden die E-Bikes angeblich wöchentlich gewartet, komisch ist nur, dass die selben Fahrräder über mehr als eine Woche immer noch die selben Mängel aufweisen. So gibt es kaum ein Fahrrad, was nicht irgendwelche Macken hat, vom kaputten Licht bis hin zu abgenutzten Bremsen. Wenn man bedenkt, unter welchem Zeitdruck man als Lieferfahrer steht – denn jede einzelne Minute, die man später wieder zurück kommt als vom Computer ausgerechnet, wird gespeichert, und das Lieferversprechen von 25 Minuten soll man ja schließlich auch einhalten –

kann das schon mal sehr gefährlich werden, wenn man plötzlich bremsen muss und die Bremse nicht so funktioniert, wie sie sollte.

Der Ausbeuter ist per Gesetz dazu verpflichtet, für einen sicheren Arbeitsplatz, bzw. für die Gesundheit und den Schutz seiner Mitarbeiter zu Sorgen. Dazu gehört auch, mögliche Gefahrenquellen, durch zum Beispiel nicht mehr komplett funktionierende Maschinen, zu beseitigen, um mögliche Unfälle zu vermeiden. Das heißt natürlich für burgerme, dass Fahrräder und Autos keine Gefahrenquellen darstellen dürfen, die Realität sieht jedoch, wie oben schon beschrieben, etwas anders aus.

Klagt man über Schmerzen oder kann aus diesem Grund nicht arbeiten, zählt das für burgerme gleich einfach nur als Ausrede. Um dem entgegenzuwirken, hat burgerme extra eine Box mit apothekenpflichtigen Schmerzmitteln parat, die von den Schichtleitern angeboten und ausgegeben werden. Das ist nicht nur illegal, sondern zeigt auch ganz deutlich, wie scheißegal es denen ist, ob man gesund ist oder ob es einem gut ist, hauptsächlich man arbeitet.

Damit immer gute Stimmung herrscht, werden den überwiegend noch jugendlichen Angestellten selbst noch sehr junge Schichtleiter und Manager vorgesetzt, die dann so richtig einen auf coolen Kumpel machen und so das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen verschwimmen lassen, sodass so etwas wie kurzfristig eine Schicht zu übernehmen und allzeit dazu bereit sein zu einer Art „Freundschaftsdienst“ wird, und sich den Vorgesetzten entgegenzustellen durch eine Art „persönliche Beziehung“ erst mal verhindert wird.

Das alles zeigt ganz klar, dass es ihnen einzig und allein nur um den Profit geht, und dass sogenannte „flache Hierarchien“ und kumpelhaftes Miteinander einzig und allein dazu dienen, den Anschein zu erwecken, man würde als Arbeitskraft etwas zählen. Doch der Arbeitsalltag dort beweist das Gegenteil, und dass der Vorgesetzte, der auf Kumpel macht, während er dich unbezahlt warten lässt, nicht dein Freund ist. Wenn man gegen diese schlechten Bedingungen etwas tun will, muss man sich mit seinen Kollegen zusammen tun, denn nur so ist es möglich, einen Kampf gegen die Ausbeutung, für bessere Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Man darf sich nicht von „netten“ Vorgesetzten einlullen lassen, sondern muss knallhart Kante zeigen. •

MODERNE LOHNSKLAVEREI IN GELSENKIRCHEN: RUMÄNISCHE FAMILIEN VON LIBRECO AUSGEBEUTET

Gelsenkirchen – eine Stadt im Herzen des Ruhrgebiets, die dem Rest des Landes vor allem für zwei Sachen bekannt sein sollte: FC Schalke 04 und *immense Armut*. Genau hier ist auch der Fleischereibetrieb LiBreCo Food Service zu finden, kurz Libreco. Der „Familienbetrieb“ – dessen Geschäftsführer übrigens früher bei Tönnies war – produziert in seiner Fabrik im Stadtteil Bulmke-Hüllen hauptsächlich aus Kalb- und Rinderköpfen hergestellte Endprodukte wie Wurst oder auch Tiernahrung. Letzteres wird durch den Konzern für Heimtiernahrung Lico vertrieben, der ebenfalls Libreco-Chef Volker Oevermann gehört.

Interessant wird es nun, wenn man sich anschaut, wer in dieser Fabrik denn eigentlich arbeitet. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter dort sind Rumänen, das umfasst selbst die Vorarbeiter. Gelsenkirchen hat zwar einen tatsächlich hohen Anteil vor allem rumänischer und bulgarischer Migranten, Zufall ist das deshalb aber noch lange nicht. Durch verschiedene Wege, ob in Online-Portalen oder durch Vermittler in Rumänien selbst, werden sie direkt und kalkuliert angeworben, um in Gelsenkirchen bei Libreco in der Fabrik zu schuften. Dadurch, dass selbst teilweise die Vorarbeiter Rumänen sind, kann der Konzern besser Druck auf die rumänische Arbeiterschaft ausüben und sie so besser ausbeuten. Halbfeudale Beziehungen werden dabei ausgenutzt, und die Lohnarbeit bei Libreco ist kaum vom restlichen Leben der Arbeiter zu trennen, sondern ist miteinander verschmolzen.

Die Arbeitsbedingungen, die bei Libreco herrschen, sind eine Liga für sich. Du bekommst einen 1-Jahres-Vertrag mit einer Probezeitdauer von sechs Monaten. Das heißt, du kannst dich dort monatelang für Mindestlohn in der Fabrik abschuften, mit der andauernden Sorge, mir-nichts-dir-nichts einfach gekündigt zu werden, weil du dich noch immer in deiner vertraglichen Probezeit befindest. Teilweise verlängern sie auch nicht, wie man es eigentlich erwarten würde, deinen Vertrag, sondern stellen dich nach Ablauf einfach neu ein, damit deine Probezeit somit von Neuem anfängt. Solche Arbeitsverhältnisse sind niemandem zuzumuten, aber bei Libreco ist das,

laut der vielen Berichte von den Arbeitern selbst, der traurige Standard.

Teilweise arbeiten auch ganze Familien in dem Betrieb. Das führt natürlich zu enormem Druck, bei ungerechter Behandlung den Mund nicht aufzumachen oder gar legal vorzugehen, da sonst gleich deine ganze Familie mit dir mit gefeuert wird. Vorausgesetzt natürlich, dir ist als extra „importierter“ rumänischer Arbeiter ohne jegliche Deutschkenntnisse überhaupt bewusst, was sie mit dir machen können und was nicht. Nicht zuletzt wird dir aber vor allem durch deinen rumänischen Vorarbeiter klagemacht, in welcher Lage du dich befindest, da der natürlich sehr genau weiß, wie er dir am effektivsten droht, damit du klein beigibst. Und der Betrieb tut dann so, als wüsste er von nichts und könne ja gar nicht nachvollziehen, womit die Arbeiter da auf Rumänisch zugebrüllt werden.

In unmittelbarer Nähe der Fabrik leben die Arbeiter in extra für sie organisierten Unterkünften. Die Miete wird ohne Umwege direkt im Lohn verrechnet und für sie gezahlt. Auf diese Weise sind ganze Familien dauerhaft für das Unternehmen abrufbereit und in völliger Abhängigkeit vom Betrieb. Sollten sie den Betrieb je verlassen, verlieren sie entsprechend auch ihren Wohnsitz und damit droht ihnen die Abschiebung nach dem EU-Freizügigkeitsgesetz, wenn sie auf sich allein gestellt weder eine neue Arbeitsstelle finden, noch das nötige Geld für eine eigene Wohnung haben. Bis zuletzt wurde das sogar derart offen und unverschämt durchgeführt, dass an den Klingelschildern nicht einmal Familiennamen standen, sondern lediglich „Libreco“ – als würde sich die gesamte Identität dieser Menschen darauf beschränken, dort angestellt zu sein. In der Summe ist das nichts anderes als moderne Lohnsklaverei, die Libreco in Gelsenkirchen betreibt.

ARM, ÄRMER, GELSENKIRCHEN

Bulmke-Hüllen – das Viertel wo sich die Libreco Fabrik befindet – ist einer der vielen „sozialen Brennpunkte“ der Stadt, wie es im bürgerlichen

Sprachgebrauch heißt. Aber das Viertel steht nicht alleine da, die Stadtteile in Gelsenkirchen sind im Schnitt allesamt ziemlich heruntergekommen und werden von der Stadt fast völlig zurückgelassen. Konkret lässt sich das z.B. daran sehen, dass sich zum Teil riesige Müllberge auf den Straßen ansammeln, sich die Stadt aber nicht in der Pflicht, sieht sie selbst zu entsorgen. Das sollen die Anwohner alles schön selber regeln. Besonders stechen die Gegenden in der Nähe des Gelsenkirchener Hauptbahnhofs heraus, sowie der Süden der Stadt, welcher mit am Stärksten von Armut und Vermüllung geprägt ist. Selbst die „reicheren“ Gegenden in der Stadt sind – jedenfalls im Vergleich zu den reicheren Vierteln umliegender Städte – keinesfalls als reich zu bezeichnen, lediglich etwas weniger verarmt.

Aber das ist auch kein Wunder: seit 2022 ist Gelsenkirchen im Bundesvergleich (wieder) offiziell die ärmste Stadt der Bundesrepublik. Hier verdient man pro Kopf mit 17.015 Euro jährlich durchschnittlich am Geringsten. Damit schafft es die Stadt sogar noch, vor den anderen bekannten Armutsregionen wie beispielsweise Bremerhaven oder Duisburg abzuschneiden. Da könnte man fast staunen, wäre es nicht ein – im wahrsten Sinne des Wortes – enormes Armutszeugnis. Diese Realität zeigt sich eindeutig an einer Fülle von Beispielen. Zwei Jahre aufwärts auf einen Kitaplatz zu warten ist hier traurige Normalität. Und das, während 41,5 Prozent aller Kinder in Gelsenkirchen in Familien leben, die Hartz IV oder andere Sozialleistungen vom Staat beziehen – ebenfalls BRD-Rekord. Von der Arbeitslosigkeit und Bezug von Sozialleistungen bei Erwachsenen ganz zu schweigen, auch hier ist Gelsenkirchen rekordverdächtig unterwegs.

MILITARISIERUNG GEGEN ARMUT?

Und wie gedenkt die Regierung, die vielen Probleme der Gelsenkirchener Massen zu lösen? Die Antwort lautet hier klar und deutlich: Militarisierung. Wie es für Arbeiterviertel üblich ist, wird sich auch in Gelsenkirchen wie eine Besatzungsmacht verhalten. Andauernde Patrouillen sind hier Alltag, egal ob Polizei, Ordnungsamt, Sozialarbeiter oder der sogenannte „Quartiersservice“ – irgendwer streift immer durch die Viertel, um Präsenz zu zeigen oder die Leute zu schikanieren.

Das spielt sich dann oftmals so ab, dass Sozialarbeiter oder der Kommunale Ordnungsdienst (KOD)

gemeinsam mit Polizei die Straßen abklappern und dabei vor allem auf Kontrolle und Repression abzielen. Durch „Willkommenshausbesuche“ bei frisch angekommenen Rumänen oder Bulgaren oder „Überprüfungen“ von sogenannten Problemhäusern infiltriert der Staat die Wohnungen der Leute und übt Schikane gegen diejenigen, die den meisten Grund haben, zu rebellieren, ganz unter dem Vorwand der „Betreuung“ und „sozialen Angebote“. Dazu reihen sich auch die „Integrationslotsen“, auch „Nachbarschaftslotsen“ genannt, ein. Das sind ehrenamtliche Nachbarn, die als der erweiterte Arm der Sozialarbeit und des KODs dienen und direkt unter Aufsicht der Polizei dazu ausgebildet werden, Leute in ihrer Freizeit zu denunzieren. Speziell wurde auf sie auch während des Ausnahmezustands gesetzt, um die Durchsetzung der verschiedenen Covid-Maßnahmen in den Vierteln zu unterstützen.

Die Spitze des Eisbergs ist hier das Pilotprojekt „IPA“, kurz für Integrative Präventionsarbeit. Dieses Projekt bringt die verschiedenen oben genannten Akteure unter einem Hut und besitzt ein eigenes Büro im Stadtteil Ückendorf. Das bedeutet konkret nichts anderes, als dass die Polizei noch öfter mit dabei ist und noch mehr Präsenz zeigt. Stolz wird im Gelsenkirchener Lokalkompass vom Chef des KODs, Hans-Joachim Olbering, berichtet, dass die IPA *„Prävention, aber auch Repression verspricht“* und dass dieses Pilotprojekt laut Oberbürgermeisterin Karin Welge *„bei der Kooperation zwischen Stadt und Polizei als Pionier im Land fungiert“*. Was für düstere Aussichten damit auch dem Rest des Landes versprochen werden, liest sich wohl von selbst heraus – mehr Bullen in den Vierteln und damit mehr Schikane und Repression gegen das Volk.

Die Militarisierung der Gelsenkirchener Viertel ist aber keine Ausnahme, sondern bestätigt die Regel. Die BRD setzt immer mehr auf ihre bewaffneten Kräfte in der Öffentlichkeit. Von uniformiert kostenlos Bahn fahrenden Bundeswehrsoldaten bis hin zu einem Ordnungsdienst, der der Polizei zum Verwechseln ähnlich sieht – die Militarisierung der deutschen Gesellschaft schreitet immer weiter voran und zeigt sich in jedem Aspekt des täglichen Lebens. Diesem Staat ist mehr daran gelegen, uns tagtäglich in unseren Vierteln aufzusuchen und uns das Leben noch schwerer zu machen als es ohnehin schon ist, anstatt auch nur einen Finger krumm zu machen, um das Elend und die Verarmung in denselben Vierteln zu stoppen. •

AFD-PARTEITAG IN OFFENBURG: ENTSCLOSSENER PROTEST, ENORME REPRESSION UND LÜGEN IN DER PRESSE

Am 4. März fand in Offenburg der Parteitag der sogenannten „Alternative für Deutschland“ statt. Begleitet wurde dieser von großen Protesten. Um die 15.000 Menschen protestierten gegen die Reaktionäre und ihre Machenschaften. Unter ihnen Menschen und Organisationen aus verschiedenen Teilen Baden-Württembergs. Aber auch aus anderen Ländern, wie Frankreich und der Schweiz, reisten einige Menschen an, um sich den Protesten anzuschließen. Zu den Aktivitäten rief unter anderem das baden-württemberg-weite antifaschistische Bündnis „Den Widerstand nicht Abreißen lassen“ auf, welches gemeinsame Anreisen aus verschiedenen Städten organisierte. Auch in den Nachrichten wurde darüber berichtet. Unter anderem auch in der Tagesschau, und in lokalen Medien wie der Badischen Zeitung.

Eigentlich sollte es an jenem Tag zwei Demonstrationen geben. Die erste Demonstration war eine Demonstration, welche von bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften organisiert wurde. Verschiedene fortschrittliche Kräfte beteiligten sich an dieser in Form eines gemeinsamen großen antifaschistischen Blocks. Die Demonstration zog bis zu der Messehalle, wo der Parteitag der AfD stattfand. Dort angekommen, flogen einige Farbbeutel auf die Halle. Ebenfalls fand dort eine längere Abschlusskundgebung statt, bei welcher auch hochrangige Vertreter der SPD und von den Grünen reden hielten. Dagegen gab es aus den Reihen der Demonstration heraus Protest in Form von Buhrufen, Pfiffen und mehreren Hochtransparenten, die die militaristische Politik der Ampelregierung denunzierten.

Dass Vertreter dieser Parteien sich auf diese Demonstration stellen und versuchen, sich als Antifaschisten zu inszenieren, ist äußerst heuchlerisch. Zwar zeigt die AfD offener ihre reaktionäre und chauvinistische Gesinnung, doch die Politik der anderen großen Parteien ist nicht weniger reaktionär. So ist es zwar die AfD, welche offensichtlich gegen Flüchtlinge hetzt, währenddessen sind es jedoch die regierenden Parteien, die das Asylrecht faktisch abschaffen und Menschen an den Grenzen ertrinken lassen. Die Töne der AfD klingen hässlicher, aber heute sind es die Regierungsparteien – SPD, Grüne und FDP – die die Reaktionsarisierung des Staates immer weiter vorantreiben, indem sie demokratische Rechte

abschaffen und die Befugnisse der Polizei gegen das Volk ausweiten. Das Versammlungsgesetz in NRW wurde nicht von der AfD gemacht. Ebenso wenig die neuen Polizeigesetze, welche in den letzten Jahren in zahlreichen Bundesländern eingeführt wurden. Nicht zuletzt sind es nun auch die Ampel-Parteien, die die Militarisierung und die Zentralisierung des Staatsapparats immer weiter vorantreiben, mit dem Ziel, den deutschen Imperialismus zu alter Stärke zurückzuführen und die Interessen des deutschen Kapitals mit noch mehr Aggression und Terror gegen die Völker der Welt, aber auch gegen die eigene Arbeiterklasse im Inneren durchzusetzen. Denn auch wenn diese sich selbst als „bunt“ und „demokratisch“ darstellen, bleibt ihre wahre Fratze dieselbe reaktionäre Politik.

Von der Abschlusskundgebung an der Messe aus ging dann auch die zweite Demonstration, welche von verschiedenen antifaschistischen Gruppen organisiert wurde, los. Sofort nach Beginn versuchte die Polizei jedoch, die Demonstration durch eine Polizeireihe zu stoppen. Die Demonstranten ließen sich ihr Recht auf Protest allerdings nicht kampflos nehmen und durchbrachen die Reihe. Daraufhin begann die Polizei von verschiedenen Seiten aus mit Schlägen und Tritten (auch mit Schlagstöcken), auf die Demonstration loszugehen. Nachdem die erste Kette durchbrochen wurde, konnte sich die Demonstration etwa 200 Meter weit durch entschlossenen Widerstand gegen die Angriffe der Polizei durchsetzen, bis sie von einer weiteren Polizeireihe unter massiver Gewalt gestoppt wurde. Kurz, nachdem die Demonstration vor der zweiten Kette zum Stehen gekommen war, griffen die Polizisten weiter hinten an und bildeten einen Kessel, in welchem circa 400 Menschen gefangen waren.

IHR VERBRECHEN? BETEILIGUNG AN EINER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION

Die Polizei hielt den Kessel etwa sieben Stunden lang trotz kaltem Wetter aufrecht und nahm von jeder einzelnen Person die Personalien auf. Auch als in dem Kessel ein Feuer ausbrach und Menschen dadurch ernsthaft verletzt wurden, machten die

Polizisten keinerlei Anstalten, den Kessel zu öffnen. Dieses widerwärtige und willkürliche Vorgehen gegen Menschen, die sich entscheiden, antifaschistischen Protest auf die Straßen zu tragen, macht deutlich, welche Rolle die Polizei in diesem Staat spielt.

Im Nachgang zu diesen Ereignissen findet nun eine massive Medienhetze gegen den Protest statt. Am Abend des 4. März berichtete der Spiegel noch von dreiundzwanzig „verletzten“ Polizisten. Zwanzig davon wurden durch den entstandenen Rauch, als das Feuer im Kessel ausbrach, „leicht verletzt“. Einen Tag später verbreiteten alle Medien Schreckensmeldungen über 53 verletzte Polizisten. Scheinbar haben die Polizisten am nächsten Tag eine Umfrage gemacht, wer alles irgendwo ein Ziehen oder Zwicken spürt, um die Verletztenzahl für die Presse hochzutreiben. Eine bekannte und gängige Polizeitaktik, um das eigene brutale Vorgehen zu rechtfertigen.

Dabei war es doch die Polizei, die die Demonstration angegriffen hat. Sie waren es, die von allen Seiten aus mit Knüppeln auf die Menschen eingeschlagen haben. Und nun wird diesen vorgeworfen sich dagegen gewehrt zu haben. Die bürgerliche Presse übernimmt einfach die Darstellungen der Polizei und stellt diese als Opfer dar. Während in den Zeitungen diese absurd hohe Zahl verletzter Polizeibeamter genannt wird, wird von nur zwei verletzten Demonstranten berichtet. Das ist nicht mehr als eine absolut offensichtliche Lüge. Jeder, der die Videos schaut und sieht, wie die Polizei auf die Menschen einschlägt, weiß, dass mehr als zwei Menschen dadurch verletzt wurden. Die Wahrheit ist, es gab zwei Demonstranten, welche durch die Prügelorgie der Polizisten im Krankenhaus landeten. Dass niemand sonst ins Krankenhaus eingeliefert wurde, heißt nicht, dass niemand sonst verletzt wurde. Die Demosanitäter-Sanitätsgruppe Südwest e.V. schreibt auf ihrem Twitter-Kanal von einer hohen Dunkelziffer an Verletzten, von welcher auszugehen ist. Von den Polizisten musste an diesem Tag auch nur einer im Krankenhaus behandelt werden. Die restlichen konnten ihren Dienst allesamt weiter fortsetzen.

Der ganze Schwachsinn, der nun in den Medien geschrieben wird, ist nichts anderes als plumpe Propaganda, um die Angriffe auf die Versammlungsfreiheit und die Prügelorgie der Polizisten zu rechtfertigen. Doch daneben sind diese ganzen Meldungen auch extrem zynisch. Denn der absolute Großteil der Polizisten wurde angeblich durch den Rauch des ausgebrochenen Feuers „verletzt“. Diese Polizisten wurden also einfach „verletzt“, als sie

dabei waren, hunderte Menschen gefangen zu halten, in deren Mitte das Feuer ausgebrochen war. Die Leute im Kessel mussten wegen der Polizei in unmittelbarer Nähe zum Feuer verharren und den Rauch einatmen, ohne dass sie weg konnten. Von diesen wurde dadurch mindestens eine Person ernsthaft verletzt. Doch darüber berichtet die bürgerliche Presse nicht.

Wenige Tage nach der Demonstration wurden Berichte veröffentlicht, in denen berichtet wurde, dass die Polizei bei ihrer Prügelorgie ihre Einsatzdokumente verloren hatten und diese auf Indymedia veröffentlicht wurden. Die Daten, die die Polizei in diesen Dokumenten führt, beinhalten neben den Namen von Anmeldern der antifaschistischen Demo (in der Veröffentlichung im Internet geschwärzt) auch die persönlichen Daten von Mitgliedern der Partei „die Basis“, die in der Nähe einen Infostand hatte. Vor allem aber lassen die Dokumente tief blicken, was die Gesinnung der baden-württembergischen Polizei angeht. So wird dort beispielsweise die AfD als rechtsliberale eurokritische Partei bezeichnet. Weiter wurde der Einsatzplan für den AfD-Parteitag in Offenburg in historischer Tradition nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion „Barbarossa“ getauft.

Seitdem kam es auch zu weiterer Repression gegen Antifaschisten im Südwesten. In Karlsruhe wurde die Wohnung eines Antifaschisten durchsucht, dem vorgeworfen wird, besagte Dokumente veröffentlicht zu haben. Die Wohnung wurde von mehreren Polizeibeamten bei Nacht mit Hilfe eines Rammbocks gestürmt und der Beschuldigte unter vorgehaltener Maschinenpistole an sein Bett gefesselt. Im Lauf der Razzia wurden sämtliche elektronischen Geräte, Speichermedien, einige Werkzeuge und ein Sportgerät beschlagnahmt. Außerdem wurde der Beschuldigte auf die Wache mitgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Die beschriebenen Geschehnisse beweisen einmal mehr: Wer gegen Faschismus und chauvinistische Hetze kämpft, kann sich nicht nur nicht auf die Polizei verlassen, sondern muss auch damit rechnen, von dieser dafür verprügelt und verhaftet zu werden. Genauso muss man damit rechnen, dass die großen Medien im Anschluss einfach die Lügen der Polizei übernehmen. Dieser Fakt zeigt uns einmal mehr, dass wir eigene Medien im Dienste der Arbeiterklasse brauchen. Vor allem zeigt es eines: Nämlich dass konsequenter Antifaschismus den Bruch mit den herrschenden Verhältnissen bedeutet. •

BIOGRAFIE ÜBER İBRAHİM KAYPAKKAYA

In dieser Ausgabe wollen wir euch das Buch „Tödlicher Mai – Leben und Tod im türkischen Widerstand“ vorstellen. Es schildert das kurze und bewegte Leben des türkischen Kommunisten Ibrahim Kaypakkaya. 1949 wird er im Norden der Türkei in der ländlichen Gegend von Çorum geboren. Sein Leben ist wie das Milliarden anderer geprägt von Armut und Entbehrungen. Doch er bekommt aufgrund guter Leistungen in der Schule die Möglichkeit, die Universität in Istanbul zu besuchen. In den stürmischen Zeiten der 1968er Jahre entwickelt sich ein breiter antifaschistischer und antiimperialistischer Widerstand in der Türkei. Dieser beginnt zwar in der akademischen Jugend, doch verbreitet sich von dort auch zu den breitesten Volksmassen. Es kommt zu zahlreichen Aktionen in Fabriken, Landbesetzungen mit dem Ziel einer Landreform und vielfältigem Widerstand gegen die koloniale Abhängigkeit der Türkei zum US-Imperialismus. Aufgrund der Stärke der revolutionären Bewegung putscht das Militär am 12. März 1971 und etabliert eine Militärdiktatur. Tausende Revolutionäre werden verhaftet, gefoltert und umgebracht. Kaypakkaya verstand schnell die Notwendigkeit einer einheitlichen revolutionären Organisation, auf klarer politischer Grundlage. Und so gründete er am 24. April 1972 die Kommunistische Partei der Türkei / Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) und die Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee der Türkei (TIKKO). Er kämpfte mit aller Entschiedenheit gegen jede Form von Opportunismus und Revisionismus. Dies brachte seine Mörder auf den Plan, und diese versuchten alles, um ihn zu fangen – und so traf ihn das Schicksal vieler Revolutionäre. Mit gerade einmal 24 Jahren, am 18. Mai 1973, wurde er durch die Folgen schwerster Folterungen seitens des türkischen Staates ermordet. 40 Jahre später gelang es den türkischen Kommunisten, den Folterknecht, der İbrahim Kaypakkaya auf dem Gewissen hat, zu bestrafen.

Das Buch selbst wurde von Nihat Behram geschrieben, einem 1946 in Kars (Osttürkei) geborenen Autor, der mittlerweile in der BRD lebt. In der Türkei wurde die dokumentarische Erzählung 1976 in einer Zeitung abgedruckt und schließlich als Buch veröffentlicht. Da es sich großer Beliebtheit unter allen revolutionären und demokratischen Menschen erfreute und die Wahrheit über die Ermordung İbrahim Kaypakkayas

verbreitete, überfiel die Polizei die Druckerei und versuchte, alles zu vernichten, was mit dem Buch in Verbindung stand. 1988 wurde das Buch von einem mutigen Verleger offiziell veröffentlicht. Daraufhin wurde es sofort verboten, der Befehl gegeben, die ganze Auflage zu vernichten und sowohl Verleger als auch Autor zu schweren Strafen verurteilt. In Deutschland wurde es 1989 beim Peter Hammer Verlag veröffentlicht. Wir empfehlen dieses Buch nicht nur, weil es einen einfachen Zugang zur Geschichte der revolutionären Bewegung in der Türkei bietet, sondern weil İbrahim Kaypakkaya ein leuchtendes Vorbild für jeden ehrlichen Revolutionär und Kommunisten ist. Mit Anlass des 50. Jahrestages seiner Ermordung drucken wir hier einen Auszug des vierten Kapitels des Buches als Leseprobe ab:

1970 war ein Jahr, in dem viele junge Menschen ihr Leben gaben, ein Jahr, in dem sich die Revolutionäre mit aller Kraft gegen Gewalt und Grausamkeit wehrten. Aber es zeichneten sich auch deutliche Spaltungen in den Reihen der Linken ab.

Ibo machte sich in dieser Zeit Gedanken über den Revisionismus und diskutierte mit seinen Freunden darüber. Er forderte sie auf, sich mit dem Revisionismus zu beschäftigen, ihn ebenso zu bekämpfen wie sie ihre Feinde bekämpften. Ibo wurde in dieser Zeit zweimal von der Polizei festgenommen und beide Male brutal zusammengeschlagen. Das eine mal nahm man ihn in Untersuchungshaft und hielt ihn fast einen Monat lang fest.

In diesem Jahr stärkte sich der Kampfwille der Bevölkerung, es gab sowohl auf dem Land als auch in den Städten, in Dörfern und auch Fabriken Massenaaktionen.

So kam es zu dem Aufstand der armen Bauern von Değirmenköy in Thrakien. Sie nahmen sich ihr Land zurück, das sich Großgrundbesitzer angeeignet hatten. Ibo war dabei; zwischen den Bauern. Und noch ein unaufhaltsamer Revolutionär war dort zwischen den Revolutionären von Değirmenköy: Cihan Alptekin¹.

Cihan und Ibo gaben hier ein herausragendes Beispiel für die Lenkung und Führung einer revolutionären

1 Einer der revolutionären Studentenführer der 68er Generation. Er war einer der jungen Menschen, die bei dem Massaker von Kızılderne am 31. März 1972 vom Militär umgebracht wurden.

Massenbewegung. Die Bauern hörten den Regierungsbeamten nicht einmal zu, die gekommen waren, um sie umzustimmen und lange Reden zu halten. Ibo und Cihan waren es, die auf dem Dorfplatz mit der Bevölkerung des Dorfes sprachen. Die Dörfler hatten beide als wahrhaftige Freunde des Volkes erkannt und durch sie hatte sich ihr Vertrauen und ihre Liebe zu den Revolutionären gefestigt. Die Regierungsbeamten wollten zunächst die beiden jungen Leute durch die Gendarmerie verhaften lassen. Doch mußten sie dieses Vorhaben aufgeben, als sie sahen, daß die Bauern sich auf Widerstand vorbereiteten und es deutlich wurde, daß sie solche Verhaftungen nicht zulassen würden. Die Bauern stellten sich in aller Öffentlichkeit auf die Seite der beiden jungen Leute und erklärten, daß sie sie nicht ausliefern würden. Dann aber stellte man ihnen eine Falle. Sie nahmen Ibo und Cihan fest. Sie folterten sie. Doch die beiden verließen die Folterkammer, in denen ihnen Brust und Arme gequetscht wurden, noch bewußter als vorher... Tag für Tag verstärkten sich die sozialen und ökonomischen Unruhen unter der Bevölkerung. Sie verwandelten sich zu einer demokratischen Massenbewegung. Der immer intensivere Kampf fand seinen Ausdruck am 15 bis 16. Juni² auf den Straßen Istanbuls.

An diesen Tagen, an denen immer wieder in allen Teilen der Stadt Massen von Menschen zusammenkamen, war Ibo zwischen den Arbeitern und einer von ihnen. Er hatte kleine Komitees eingerichtet; nachts druckte er bis zum Morgengrauen Flugblätter und war tagsüber auf den Straßen, dort, wo der Kampf am heftigsten war. Arm in Arm mit den Arbeitern überwand er die Barrikaden. Sein monatelanges Zusammensein mit den Arbeitern sicherte ihm die Liebe und Anerkennung der engagiertesten Teile der Arbeiterschaft. Hunderte kannten Ibo wie ihren eigenen Bruder. Die Arbeiter der Eisengießereien, Sungurlar, Horoz Çivi, Pertriği, Ege Sanayi, EAS Akü, Gıslaved, Gamak, Singer, Derby... Sie alle kannten diesen jungen Mann. In jeder bestreikten Fabrik war auch etwas von Ibos Energie wirksam.

Anfang 1971 besuchte er Çorum und die umliegenden Dörfer. Er hatte vor, eine Untersuchung über diese Gegend und die Dörfer zu schreiben. Seine Abfahrt nach Çorum fiel in die Zeit, in der sich der

Faschismus in der Türkei offen zu zeigen begann. Die Imperialisten waren entschlossen, den aufkommenden Kampf der Massen, die Unruhe, die sich in allen Kreisen der Bevölkerung ausgebreitet hatte, mit Blut und Schüssen niederzuschlagen. So sollten gleichzeitig auch die fortschrittlichen Elemente der Gesellschaft aus dem Weg geschafft werden.

Die Faschisten krempelten die Ärmel hoch.

Der Ausnahmezustand³ wurde ausgerufen.

Streiks in den Fabriken, Aktionen der Massen in den Dörfern, Zusammenkünfte, Demonstrationen – all dies wurde verboten. Fortschrittliche Zeitungen und demokratische Massenorganisationen wurden geschlossen. Die Presse wurde mit Zensur belegt. Man blies zur Jagd auf Revolutionäre. Als erster Schritt wurden in den Wohnungen Tausender von Revolutionären und demokratischen Menschen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Viele wurden verhaftet. Andere ermordet. Angsthasen und Feiglinge zogen sich zurück. Schmerzhaft wurde deutlich, daß eine starke politische Massenorganisation fehlte. Viele Revolutionäre verbargen sich in verschiedenen Gegenden Anatoliens. Zusammen mit einem engen Freund hielt Ibo sich seit drei Monate im Bezirk Çorum auf. Nach dieser langen Arbeitsphase verfaßte er eine Studie unter dem Titel „Eine Analyse der Klassenstruktur im Bezirk Çorum“. In diesem Gebiet, in das er sich mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes zurückgezogen hatte, lasen und arbeiteten er und sein Freund unentwegt. Gleichzeitig besuchten sie die Dörfer und erläuterten die wirklichen Gründe für die Ereignisse, die sich im Land entwickelten. Von Zeit zu Zeit nahmen sie Kontakt zu Freunden in anderen Bezirken auf und tauschten Informationen aus. Ibo entwickelte einen neuen Vorschlag für eine Organisation. •



2 An diesen Tagen fanden von Istanbul ausgehend gewaltige Arbeiteraufstände statt. Hunderttausende von Arbeitern verließen die Fabriken und gingen auf die Straße.

3 Hier ist der faschistische Militärputsch vom 12. März 1971 gemeint. Der bis 1974 andauernde Ausnahmezustand wird die „Periode des 12. März“ genannt.

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM MAI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

1. MAI - KAMPFTAG DES INTERNATIONALEN PROLETARIATS

**HAMBURG - INTERNATIONALISTISCHER
BLOCK AUF DER DGB-DEMONSTRATION
10:30 UHR | U-BAHN STRASSBURGER STRASSE
HÖRT EUCH BEI EUREN LOKALEN KONTAKTEN
NACH DEMONSTRATIONEN IN Eurer STADT UM**

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfa.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Paris / Saint-Étienne: Massenproteste und Streiks gegen die per Dekret durchgesetzte Rentenreform halten an

Quelle: redherald.org

ROTE POST

